



**Kooperationsvereinbarung zur Planung, Errichtung und den Betrieb eines
Hochgeschwindigkeitsglasfasernetzes**

für die Bereitstellung von Breitband-Internetanschlüssen

(Kooperationsvereinbarung)

zwischen der

LEONET AG, vertreten durch den Vorstand, Technologiecampus 4, 94244 Teisnach

nachstehend als: „LEONET“ bezeichnet

und dem

Markt Nandlstadt, vertreten durch den Ersten Bürgermeister Gerhard Betz

Rathausplatz 1, 85405 Markt Nandlstadt

nachstehend als: „Kommune“ bezeichnet

– nachstehend gemeinsam "Parteien" oder "Kooperationspartner" genannt –

vom

29.07.2022



Inhalt

| | |
|---|---------------|
| Präambel | - 3 - |
| Gegenstand der Vereinbarung | - 4 - |
| Beschreibung des Vorhabens..... | - 4 - |
| Umsetzungs- und Entwicklungsphasen | - 5 - |
| Vorvermarktung - Phase 1..... | - 5 - |
| Einbindung kommunaler Interessen, Infrastruktur, eventueller Neubaugebiete und der Energieversorger – Phase 2..... | - 5 - |
| Vereinbarungen zur baulichen Durchführung | - 6 - |
| Gestattung | - 6 - |
| Wirkung zugunsten verbundener Unternehmen | - 6 - |
| Vereinbarungslaufzeit und Kündigung..... | - 7 - |
| Haftung | - 8 - |
| Kooperation..... | - 9 - |
| Schlussbestimmungen..... | - 11 - |
| Anlage 1 – Vermarktungsgebiet (Kartendarstellung) | - 13 - |
| Anlage 2 – Selbstverpflichtung der LEONET bei der baulichen Durchführung der Kooperationsvereinbarung | - 14 - |



Präambel

LEONET hat den Geschäftszweck, durch den Ausbau von Glasfasernetzen oder anderen Hochgeschwindigkeitsnetzen, eine Breitbandversorgung für Privatpersonen und Unternehmen einzurichten und damit insbesondere auch die entsprechende Netzverfügbarkeit in gegenwärtig schlecht oder unzureichend versorgten Ortschaften in Gebieten - in der Regel außerhalb der Ballungszentren - zu verbessern. Über diese Glasfasernetze können dann Internetdienste, Telefonie sowie sonstige Telekommunikationsdienstleistungen angeboten werden.

LEONET beabsichtigt den Aufbau und Betrieb eines Glasfasernetzes und die Bereitstellung der genannten Dienstleistungen im Körperschaftsgebiet der Kommune nach **Anlage 1** nach Maßgabe dieser Vereinbarung.

Der Breitbandausbau erfolgt dabei aus eigenem, privatwirtschaftlichem Antrieb und auf eigenes wirtschaftliches Risiko. Die Finanzierung des Netzausbaus erfolgt ausschließlich durch private Mittel und ausdrücklich ohne genehmigungspflichtige Subventionierung durch die jeweilige Kommune.

Die Prüfung und Schaffung dieser Voraussetzungen für den Netzausbau sowie die oftmals nur geringen Teilnehmerzahlen außerhalb von Ballungszentren sowie der hohe Investitionsaufwand erfordern allerdings im Rahmen des rechtlich Zulässigen eine flexible und unbürokratische Zusammenarbeit der LEONET mit der Kommune. Daher schließen LEONET und die Kommune die vorliegende Vereinbarung.

Die Kommune wird im Rahmen des rechtlich Zulässigen und insbesondere unter Beachtung beihilfe- und vergaberechtlichen Vorgaben und Restriktionen LEONET bei dem Breitbandausbau unterstützen.



Gegenstand der Vereinbarung

Gegenstand der Vereinbarung ist der eigenwirtschaftliche Breitbandausbau durch LEONET im Körperschaftsgebiet der Kommune im sogenannten Erschließungsgebiet, welches in **Anlage 1** näher definiert ist. Die Parteien können diese Vereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen jederzeit um die Einbeziehung weiterer Erschließungsgebiete über die **Anlage 1** erweitern.

Beschreibung des Vorhabens

LEONET beabsichtigt, im Erschließungsgebiet ein Open Access Glasfasernetz zu bauen, welches Glasfaseranschlüsse bis hin zum Endkunden bereitstellt, über das Internetdienste, Telefonie und auch TV-Dienste sowie sonstige Telekommunikationsdienstleistungen angeboten und genutzt werden („Ausbauvorhaben“). Die Finanzierung des Ausbauvorhabens erfolgt ausschließlich durch private Mittel der LEONET und ausdrücklich ohne genehmigungspflichtige Subventionierung durch die Kommune oder andere öffentliche Einrichtungen.

Ein einklagbarer Anspruch der Kommune auf Durchführung des Ausbauvorhabens ("ob") oder auf Durchführung des Vorhabens in einer bestimmten Art, Weise oder Form ("wie") oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums („wann“) besteht nicht.

LEONET kann die Vereinbarung kündigen, wenn die Vorvermarktung kein für die Durchführung des Ausbauvorhabens ausreichendes Ergebnis aufzeigt.

Ansprüche der Parteien gegeneinander aufgrund der Kündigung der Vereinbarung sind ausgeschlossen.



Umsetzungs- und Entwicklungsphasen

Die Durchführung des Ausbauvorhabens erfolgt in den nachfolgend grob skizzierten Phasen und nach Maßgabe sowie unter Vorbehalt der festgehaltenen Bedingungen:

Vorvermarktung - Phase 1

Die wirtschaftliche Machbarkeit ist an das Ergebnis der Vorvermarktung gebunden.

Die Vorvermarktung startet voraussichtlich am 01.08.2022 und endet voraussichtlich am 18.09.2022, wobei die Vorvermarktungsphase angemessen verlängert werden kann.

Entscheidet sich LEONET nach der Nachfragebündelung gegen einen flächendeckenden Ausbau im Ausbaubereich, wird die Kommune prüfen, ob sie an den vorliegenden Kooperationsvertrag gebunden bleiben möchte. Die Kommune hat dann, wenn LEONET einen flächendeckenden Ausbau nicht vornimmt, dementsprechend ein Recht zur sofortigen und fristlosen Kündigung der vorliegenden Kooperationsvereinbarung.

Einbindung kommunaler Interessen, Infrastruktur, eventueller Neubaugebiete und der Energieversorger – Phase 2

LEONET wird die Interessen der Kommune berücksichtigen, insbesondere sich gegebenenfalls verpflichten, mit lokalen Firmen und kommunalen Unternehmen zusammen zu arbeiten.

Des Weiteren verpflichtet sich LEONET im Rahmen ihrer technischen und betrieblichen Möglichkeiten vorhandene Infrastruktur (z.B. bereits verlegte Leerrohre, Glasfaser, etc.) der Kommune oder von Dritten zu einem marktüblichen Preis zu mieten bzw. zu kaufen.



Vereinbarungen zur baulichen Durchführung

LEONET und die Kommune kommen überein, dass LEONET die baulichen Ausführungen nach dieser Vereinbarung nach Maßgabe der als **Anlage 2** beigefügten Punkte durchführt. Allerdings stellen die in **Anlage 2** aufgeführten Punkte Vorgaben für die ordnungsgemäße Bauausführung dar, zu deren Einhaltung sich LEONET verpflichtet. Zwischen LEONET und Kommune kommt jedoch kein Bau- oder Werkvertrag zustande. Der Kommune steht kein einklagbarer Anspruch auf Durchführung von Baumaßnahmen zu. Ihr stehen auch keine sonstigen bauvertraglichen Rechte zu, etwa im Hinblick auf Gewährleistung, Rücktritt, Schadensersatz oder Ersatzvornahme.

Gestattung

Die Gestattung zur Durchführung von Tiefbauarbeiten und des Rechts der LEONET zur Aufstellung bzw. Einrichtung und zum Betrieb des Netzes der in dieser Vereinbarung nicht abschließend aufgeführten technischen Anlagen im Körperschaftsgebiet der Kommune erfolgt entsprechend der Festlegungen im TKG (Telekommunikationsgesetz).

Wirkung zugunsten verbundener Unternehmen

Die vorstehend aufgeführten Kooperationspflichten wirken auch unmittelbar zugunsten von und mit der LEONET verbundenen (§ 15 AktG) oder beauftragten Unternehmen, wie insbesondere einer bestehenden oder noch zu gründenden Tochtergesellschaft, das (die) mit dem Ausbauvorhaben betraut ist (sind).

**Vereinbarungslaufzeit und Kündigung**

Die Vereinbarung ist verbindlich bis zu dem Zeitpunkt, an dem LEONET die mit Hilfe der Vorvermarktung erfasste Kundenzahl an sein Netz angeschlossen hat bzw. die bauliche Tätigkeit abgeschlossen ist, maximal aber 5 Jahre. Die Vereinbarungslaufzeit beginnt mit dem 29.07.2022.

Die Kommune kann die Vereinbarung nur aus wichtigem Grund kündigen. Als wichtiger Grund gelten z.B. Umstände, die darauf schließen lassen, dass LEONET, ein mit ihr verbundenes Unternehmen oder eine Nachfolgegesellschaft das Ausbauvorhaben mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht umsetzen wird. Als wichtiger Grund gilt nicht, dass ein anderer Netzbetreiber ebenfalls Breitbandanschlüsse im Ausbaubereich bereitstellen und diesbezüglich ebenfalls mit der Kommune kooperieren möchte.

LEONET kann die Vereinbarung ebenfalls nur aus wichtigem Grund kündigen. Ein solcher wichtiger Grund liegt vor, wenn die Vorvermarktung kein für die Durchführung des Ausbauvorhabens ausreichendes Ergebnis aufzeigt. LEONET ist berechtigt von der Vereinbarung in Bezug auf die Teile des Ausbaubereiches zurückzutreten, für die sie die oberirdischen Teile ihres für die Breitbandversorgung des Erschließungsgebietes benötigten Telekommunikationsnetzes nicht wie geplant und angeboten errichten kann, weil sie die dafür erforderlichen Zustimmungen oder Genehmigungen nicht oder nur zu Bedingungen erhalten kann, welche die Wirtschaftlichkeit des Ausbauvorhabens in Frage stellen. Ein entscheidendes Kriterium für die Kündigung ist das Nichterreichen der Vermarktungsziele. Sollte die Kommune in einem Teil des Ausbaubereiches, in dem LEONET bereits die Vorvermarktung durchgeführt, aber noch nicht mit dem Ausbau begonnen hat, eine Kooperation mit einem Wettbewerber von LEONET eingehen, ist LEONET berechtigt von der Vereinbarung in Bezug auf diesen Teil des Ausbaubereiches zurückzutreten.



Haftung

Bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit haften die Parteien nach den gesetzlichen Bestimmungen. Gleiches gilt für sonstige Schäden, die auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruhen.

Im Übrigen haften die Kooperationspartner nur bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vereinbarungspflichten, d.h. solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung der Vereinbarung überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kooperationspartner regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten). Die Haftung ist auf den Schaden beschränkt, den der haftende Kooperationspartner bei Abschluss der Vereinbarung als mögliche Folge der Vereinbarungsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die er kannte oder hätte kennen müssen, hätte voraussehen können. In der Höhe ist der Schadensersatzanspruch beschränkt auf €10 Mio.

Die Beschäftigten der Parteien haften dem anderen Kooperationspartner persönlich nur bei Vorsatz.

Die Haftung nach den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleibt unberührt.

Soweit ein nicht vorsätzlich schuldhaftes Verhalten eines Kooperationspartners dazu führt, dass von dem anderen Kooperationspartner Vermögensschäden von Endkunden zu ersetzen sind und deshalb ein Anspruch dieses Kooperationspartners gegenüber dem schuldhaft handelnden Kooperationspartner besteht, so finden auf diesen Anspruch die Haftungsbegrenzungen des § 44a TKG in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Darüber hinaus ist die Haftung der Kooperationspartner ausgeschlossen, sofern nicht gesetzlich zwingend gehaftet wird.



Kooperation

Die Kommune wird im Rahmen des Möglichen, rechtlich Zulässigen und insbesondere unter Beachtung von beihilfe- und vergaberechtlichen Vorgaben und Restriktionen, die LEONET unterstützen, die zum Gelingen des Ausbauvorhabens beitragen.

Die Unterstützung der Kommune erstreckt sich dabei auf:

Im Rahmen der Planung wird der LEONET die für die Planung und die Umsetzung relevanten statistischen und demographischen Daten, soweit sie sich im Besitz des Landkreises oder der betreffenden Kommune befinden und soweit rechtlich zulässig; zur Verfügung gestellt.

Die Kommune unterstützt den vorgesehenen Glasfaserausbau, im Rahmen der von LEONET initiierten Informationsveranstaltungen, u.a. – soweit dies erforderlich und rechtlich zulässig ist:

- durch Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen,
- durch Hinweise auf die Vorteile des Ausbauvorhabens im Rahmen von offiziellen Reden, Veranstaltungen oder Empfängen,
- der Einrichtung von ‚Infopunkten‘ (z.B. im Rathaus)
- der Unterstützung von Marketingaktionen in Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen Multiplikatoren,
- durch Hinweise auf Postwurfsendungen,
- durch unterschriftliche Befürwortung des Vorhabens auf Info-Flyern,
- über gemeinsame Presseterminen, Spatenstichveranstaltung etc.

Die Kommune unterstützt, soweit dies ihr möglich und rechtlich zulässig ist, bei der Suche nach geeigneten Ladenlokalen sowie Veranstaltungsräume für Informationsveranstaltungen.

Die Kommune unterstützt durch die Bekanntmachung des Ausbauvorhabens als Beitrag zur Standortsicherung der Kommune sowie der Vorteile für die Bürger in kommunalen Gremien, in der Presse, auf Webseiten etc.;

Die Kommune unterstützt, soweit ihr dies möglich ist, im Rahmen der Vorvermarktung.



Die Kommune bemüht sich, die jeweilige Wirtschaftsförderung einzubeziehen;
Die Kommune informiert über geplante Tiefbaumaßnahmen, die eine Mitverlegung von Glasfaserkabeln ermöglichen würden, soweit ihr diese Informationen vorliegen;

Die Kommune unterstützt durch die Informationsweitergabe über die exakte Lage von Infrastrukturen, die für die Aufnahme von Glasfaserkabeln geeignet ist (Leerrohre, stillgelegte Versorgungsleitungen, Wasser- und Abwasserkanäle; siehe hierzu auch § 3 Ziffer 3.3), soweit ihr diese Daten vorliegen und dies rechtlich zulässig ist.

Darüber hinaus bemüht sich die Kommune folgende Unterstützung, soweit ihr dies möglich und rechtlich zulässig ist, zu leisten:

- Unterstützung bei der Trassenplanung
- Unterstützung bei der Einholung von Genehmigungen bei anderen zuständigen öffentlichen und privaten Rechtsträgern;
- Unterstützung bei der Einholung von Grundstückseigentümererklärungen, soweit dies noch nicht im Rahmen des Vorvermarktungsverfahrens erfolgt ist;
- Die Einräumung von Wege- und Nutzungsrechten (ggf. grundbuchrechtlich gesichert) zu marktüblichen oder ggf. gesetzlich geregelten Konditionen, soweit diese nicht bereits im Rahmen telekommunikationsrechtlicher Vorschriften auf die LEONET übertragen worden sind oder übertragen werden können;
- Die Gestattung zur Durchführung von Tiefbauarbeiten zu üblichen Bedingungen;
- Die Gestattung zur Errichtung, Unterhaltung und zum Betrieb von für den Netzbetrieb notwendigen technischen Anlagen, soweit sie nicht von der Einräumung von Wegerechten umfasst sein sollten (Schächte, Gruben etc.) zu marktüblichen Bedingungen;
- Die Gewährung des Zugangs zu vorhandenen und verfügbaren Infrastrukturen, die zur Aufnahme von Glasfaserkabeln geeignet sind, zu marktüblichen oder ggf. regulierten Bedingungen. Die LEONET ist



berechtigt, diese Infrastruktur für die Herstellung des Glasfasernetzes im Erschließungsgebiet zu nutzen soweit dies rechtlich zulässig ist. Die Einzelheiten der Überlassung, insbesondere Entgeltfragen und Regelungen zur Wartung, Instandhaltung und Entstörung der Infrastruktur werden in einem eigenen Vertrag zwischen LEONET und der Kommune geregelt.

- Die regelmäßige und kontinuierliche Information der Bürger über den Fortschritt der Arbeiten in Analogie zu den vorstehend genannten Regeln.

Die LEONET versorgt die Kommune mit allen Informationen, die die Kommune für die Unterstützung der Ausbaumaßnahme benötigt. Dies sind beispielsweise Broschüren, Daten zum Stand der Marktbündelung, Planungsunterlagen etc.

Schlussbestimmungen

Die Änderung dieser Vereinbarung bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für Änderungen dieser Schriftformklausel.

Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung sind nicht getroffen worden. Frühere mündliche oder schriftliche Vereinbarungen in Bezug auf den Vereinbarungsgegenstand treten mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung außer Kraft.

Gerichtsstand für alle sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist Deggendorf.

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam oder nicht durchführbar sein, so werden die übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung davon nicht betroffen. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt eine wirksame Bestimmung, durch welche der beabsichtigte Vereinbarungszweck, soweit dies möglich ist, in rechtlich zulässiger Weise erreicht werden kann. Das gleiche gilt für etwa vorhandene oder auftretende Regelungslücken.

Die Kooperationspartner verpflichten sich, über alle geschäftlichen und betrieblichen Informationen, die ihnen im Rahmen der Zusammenarbeit bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren. Insbesondere verpflichten sie sich, die Informationen ausschließlich zur Durchführung dieser Vereinbarung zu verwenden und sie weder anderweitig zu nutzen noch Dritten mitzuteilen. Satz 1 gilt nicht, wenn und soweit die betroffene Partei nachweist, dass die preisgegebenen Informationen allgemein bekannt sind oder sie auf Grund gesetzlicher



oder zuwendungsrechtlicher Bestimmungen gegenüber Behörden oder Dritten zur Mitteilung oder Veröffentlichung verpflichtet ist. Über den Inhalt dieser Vereinbarung machen die Parteien nur im gegenseitigen Einvernehmen Angaben an Dritte.

Die Kooperationspartner vereinbaren, dass alle zu dieser Vereinbarung genommenen Anlagen Bestandteil dieser Vereinbarung sind.

Diese Vereinbarung wird in zwei Originalen ausgefertigt. Jede Partei erhält eine Ausfertigung.

Markt Nandlstadt

LEONET AG

_____, den _____, **Teisnach**, den 29.07.2022

DocuSigned by:

Martin Naber

Martin Naber

01A17D6427F4412...

DocuSigned by:

Frank Hellemink

Frank Hellemink

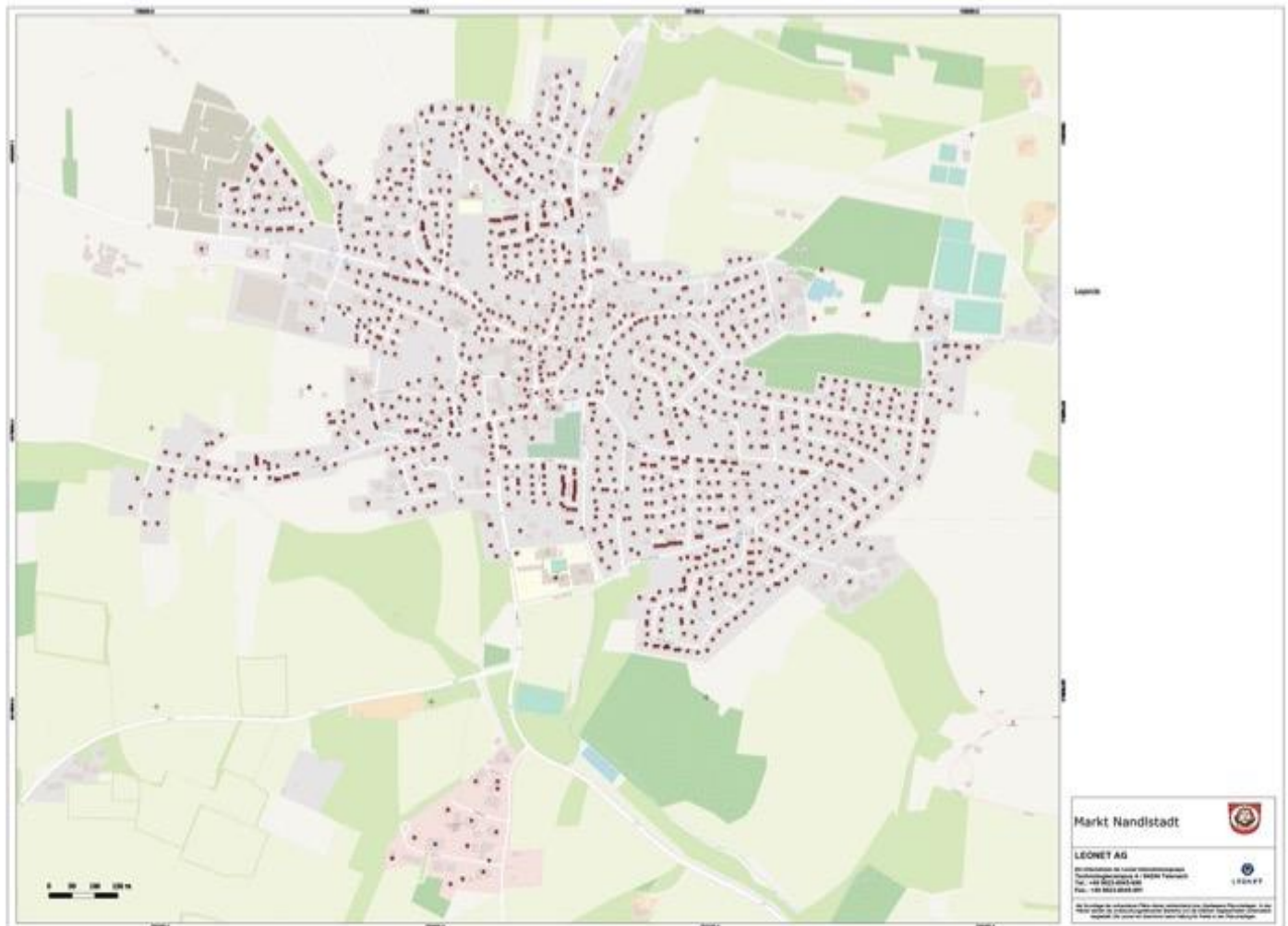
F6DC4EAF4B641B...

Anlagen:

Anlage 1: Vermarktungsgebiet (Kartendarstellung)

Anlage 2: Selbstverpflichtung der LEONET bei der baulichen Durchführung gem. § 7 dieser Kooperationsvereinbarung

Anlage 1 – Vermarktungsgebiet (Kartendarstellung)



LEONET AG
Technologiestraße 4
94244 Teisnach

Tel 0800 80 45 990
Fax 0800 80 45 991
service@leonet.de
www.leonet.de

Vorstand:
Frank Helleminck,
Jochen Mogalle,
Martin Naber
Aufsichtsratsvorsitzender:
René Schuster

Amtsgericht Deggendorf
HRB 3325
Sitz der Gesellschaft:
94244 Teisnach
St.-Nr. 162/120/00136
USt.-IdNr. DE265767035

VR GenoBank DonauWald eG
IBAN DE22 7419 0000 0002 5619 56
BIC GENODEF1DGV



Anlage 2 – Selbstverpflichtung der LEONET bei der baulichen Durchführung der Kooperationsvereinbarung

Präambel

LEONET hat mit der Kommune die vorliegende eigenwirtschaftliche Kooperationsvereinbarung geschlossen. Die Kommune erteilt der LEONET die für die Durchführung der Tiefbauarbeiten (Netzverlegungsarbeiten) erforderlichen Gestattungen unter Auflagen.

Diese Auflagen werden den Gestattungsbescheiden als Nebenbestimmungen zum Bescheid beigelegt und betreffen bautechnische Vorgaben, die LEONET bei den Tiefbauarbeiten und danach einzuhalten hat. Weder die eigenwirtschaftliche Kooperationsvereinbarung, noch diese Anlage, noch die Nebenbestimmungen der Gestattungsbescheide begründen einen Bauvertrag oder Bauverträge zwischen LEONET und der Kommune. Vielmehr soll im Folgenden geregelt werden, wie LEONET die Bauarbeiten und Netzverlegungsarbeiten im Körperschaftsgebiet und unter Eingriff in den kommunalen Straßen- und Wegebestand durchzuführen hat. Ein Anspruch der Kommune gegenüber LEONET auf Durchführung von Bauarbeiten oder auf Gewährleistung ergibt sich aus der Kooperationsvereinbarung oder dieser Anlage ebenso wenig wie ein Anspruch der LEONET gegenüber der Kommune auf Zahlung eines Werklohns. Die Möglichkeit einer separaten und ausdrücklichen vertraglichen Vereinbarung zwischen LEONET und Kommune oder Kommune und Bauunternehmen bleibt hiervon unberührt.

Die Kommune wird in die Auflagen und Nebenbestimmungen der der LEONET zu erteilenden Gestattungsbescheide nicht mehr und nicht umfangreichere als die in dieser **Anlage 2** aufgeführten Pflichten aufnehmen.

Rechtsfolge der Nichteinhaltung der in dieser **Anlage 2** geregelten Pflichten kann die Kündigung der Kooperationsvereinbarung sein. Weiterhin können der Kommune oder Dritten aus der Verletzung der hier aufgelisteten Vorgaben der **Anlage 2** gesetzliche dingliche oder deliktische Ansprüche zustehen. Vertragliche oder vertragsähnliche Ansprüche der Kommune gegenüber der LEONET wegen der Verletzung der in dieser **Anlage 2** aufgeführten Pflichten sind hingegen ausgeschlossen.

Öffentlich-rechtliche Rechtsfolgen wie z.B. der Widerruf der erteilten Gestattungen treten nur dann ein, wenn die Kommune oder die zuständige hoheitliche Stelle die Pflichten nach dieser **Anlage 2** in die Nebenbestimmungen und Auflagen der erteilten Gestattungen rechtswirksam aufgenommen hat.

Dokumentation und Information

Vor Baubeginn wird LEONET den Zustand der Oberflächenbefestigungen im Bereich der geplanten Trassen sowie der angrenzenden Zugänge und Zufahrten jeweils abschnittsweise und in Form einer "Beweissicherung" protokollieren. Die Daten werden der Kommune bei Bedarf zur Verfügung gestellt.

LEONET und die ausführende Baufirma informieren sich gegenseitig vor Baubeginn bei allen Ver- und Entsorgungsunternehmen über vorhandene Erdleitungen.

LEONET AG
Technologiecampus 4
94244 Teisnach

Tel 0800 80 45 990
Fax 0800 80 45 991
service@leonet.de
www.leonet.de

Vorstand:
Frank Helleminck,
Jochen Mogalle,
Martin Naber
Aufsichtsratsvorsitzender:
René Schuster

Amtsgericht Deggendorf
HRB 3325
Sitz der Gesellschaft:
94244 Teisnach
St.-Nr. 162/120/00136
USt.-IdNr. DE265767035

VR GenoBank DonauWald eG
IBAN DE22 7419 0000 0002 5619 56
BIC GENODEF1DGV



Verkehrsbeeinträchtigungen und Verkehrssicherheit

Vollsperrungen werden im Vorfeld beim zuständigen Landratsamt und beim Ordnungsamt der Kommune beantragt. Die Anlieger werden rechtzeitig vor Baubeginn informiert.

Das von LEONET beauftragte Bauunternehmen übernimmt die Verkehrssicherungspflicht während der Bauarbeiten.

Die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit wird für die Dauer der Bauzeit gewährleistet, ebenso wie die öffentliche Versorgung der Grundstücke und die Zu- und Abfahrten der Anwohner.

Die im Zusammenhang mit der Bautätigkeit auftretenden Straßenverschmutzungen werden unverzüglich ohne Aufforderung beseitigt.

Mit der Verlegung der Leitungen werden ausschließlich Fachfirmen mit eingetragenem Straßen- und Tiefbauhandwerk beauftragt, die die Bauausführung nach den anerkannten Regeln der Technik durchführen.

Gehweg- oder Fahrbahnbereiche werden entsprechend den bei Öffnung vorgefundenen Gegebenheiten wieder hergestellt (mindestens so gut wie vorgefunden). Wenn erforderlich, wird in Einzelfällen in Absprache mit dem Wegebausträger eine abweichende Wiederherstellung im Vorfeld festgelegt.

Der Tiefbau erfolgt hauptsächlich in traditionelle Bauweise, d.h. mit offenem Graben oder mit Spülbohrungen und in Abstimmung mit der Bauverwaltung. Die Verlegetiefe im Gehweg beträgt 40 cm, in Straßen 60 cm und Kreis- und Landstraße gemäß den einschlägigen gesetzlichen und Verwaltungsbestimmungen.

In den geöffneten Flächen wird das Kabel mit einem Trassenwarnband versehen.

Für eine grabenlose Verlegung unterhalb der Fahrbahn gilt:

Vorhandene Kanäle und Leitungen werden nicht beschädigt.

Bohrkopflöcher werden fachgerecht wieder verschlossen (siehe oben).

Durch Spülbohrungen entstandene Schäden an Wege- und Wegeseitenanlagen werden fachgerecht beseitigt.

Die Verarbeitung und Verlegung von Kabelrohren bzw. Kabelschutzrohren erfolgt unter Anwendung der Regelungen der DIN 8061/62 und der DIN 16873/75.

Werden Kabelschutzrohre an Brückenbauwerken befestigt, werden diese so installiert, dass im Falle einer Bauwerkssanierung die Schutzrohre einfach zu demontieren und provisorisch außerhalb des Baufeldes zu lagern sind. Die Kabelschutzrohre und die Befestigungen werden in Edelstahl ausgeführt. Die technische Ausführung wird bauwerkspezifisch in Absprache mit der Kommune festgelegt. Vor und hinter dem Bauwerk werden Kabelschächte mit Glasfaser-Überlängen als Sicherheit vorgesehen.

Bankette und Seitenstreifen werden fachgerecht wieder hergestellt und verdichtet.

Beschädigte oder entfernte Fahrbahnmarkierungen werden umgehend wieder hergestellt.

Das Glasfasernetz der LEONET endet im Regelfall im Keller der Liegenschaft. Jedes Haus wird mit mindestens 12 Glasfasern angebunden. Mehrfamilienhäuser im Bedarfsfall auch mit mehr. Die Reparatur von Straßen- bzw. Gehwegschäden, die durch die Verlegung der Telekommunikationsleitungen entstehen, obliegen für die gesamte Dauer des Bestehens der



Schäden der LEONET bzw. der von ihr beauftragten Baufirma. Sollten darüber hinaus Schadstellen in den umliegenden Flächen an den Straßen und Gehwegen festgestellt werden, werden diese auf Basis der Beweissicherung und in Absprache und auf Kosten der Kommune beseitigt.

Beginn und Beendigung der Bauausführung wird der Kommune abschnittsweise angezeigt.

Für die Dauer der Bauarbeiten setzt LEONET einen fachkundigen Baukoordinator als Ansprechpartner ein. Die Aufgabe kann durch LEONET auch an ein Planungs- bzw. Ingenieurbüro übertragen werden.

LEONET oder die von ihr beauftragte Baufirma vereinbart einen regelmäßigen, wöchentlichen Baubesprechungstermin mit der Kommune. Den Anliegern soll bei Interesse die Möglichkeit zur Teilnahme angeboten werden.

Die Kommune kann bei Bedarf (z. B. Erneuerung von angrenzenden Oberflächen, Mitverlegung von Fremdleitungen, etc.) mit dem von LEONET beauftragten Bauunternehmen eine direkte Vertragsbeziehung in Ergänzung der von LEONET beauftragten Baumaßnahme eingehen. Es ist dabei sicherzustellen, dass sich durch diese Beauftragung für LEONET keine Mehrkosten oder Zeitverzögerungen im Bauprojekt ergeben. Die Durchführung solcher Maßnahmen wird im Vorfeld zwischen der Kommune und der LEONET vor dem Hintergrund der Projekterfordernisse und dem geplanten Bauablauf abgestimmt.